

Politischer Führungsanspruch, Reichs- und Parteieninheit. Zur Rede Otto Grotewohls auf dem 1. Bezirksparteitag der SPD Leipzig am 26. August 1945

Matthias Loeding

Auf dem 1. Bezirksparteitag der Leipziger SPD nach dem Zusammenbruch des faschistischen Regimes hielt Otto Grotewohl am 26. August 1945 seine erste programmatische Rede außerhalb Berlins vor einem offiziellen Parteigremium. Der in diesem Text behandelten Rede Grotewohls liegt die stenographische Mitschrift des Bezirksparteitages zugrunde. Es ist nicht zu klären, ob Grotewohl seine Rede mit den anderen Mitgliedern des Zentralausschusses (ZA) abgestimmt hat und ob Gustav Klingelhöfer, der als Redenschreiber für Grotewohl fungierte, an der Abfassung beteiligt war. Im Nachlaß Klingelhöfers im Landesarchiv Berlin ist ein Manuskript dieser Rede nicht vorhanden. Ein Vergleich der Redemanuskripte im SAPMO-Bundesarchiv und im Archiv der sozialen Demokratie der SPD in Bonn zeigt Übereinstimmung. Ein Autorenteam um Wolfgang Triebel hat die Rede Grotewohls auf dem 1. Bezirksparteitag der Leipziger SPD erstmalig in einem Dokumentenband im Jahre 1994 vollständig veröffentlicht.¹

Grotewohl hatte im August 1945 von der SMAD die Erlaubnis erhalten, nach Weimar und Leipzig zu reisen, um Verbindung mit den lokalen Sozialdemokraten aufzunehmen. Er fuhr zusammen mit Otto Meyer.² Die Reise sollte nicht nur dem Zweck dienen, einen ständigen Kontakt zwischen der Berliner SPD-Führung und den Landes- und Bezirksverbänden der SPD in der Sowjetzone einzuleiten, sondern auch die Spannungen abzubauen, die zwischen den SPD-Bezirksverbänden in Weimar und Leipzig und den lokalen Sowjetkommandanturen bestanden.³ Die Konflikte waren entstanden, weil die Sozialdemokraten in Leipzig und Thüringen anfangs nicht – wie von der SMAD gefordert – gewillt waren, die Führungskompetenz übergeordneter Parteiinstanzen, d. h. für Leipzig des Landesverbandes in Dresden und des Zentralausschusses in Berlin, anzuerkennen. Aus diesem Grunde verweigerten die örtlichen Militärkommandanten zunächst die Genehmigung zur legalen politischen Betätigung. Durch Vermittlung des ZA wurden die Probleme entschärft.⁴

1 Siehe Wolfgang Triebel: Otto Grotewohl und die Einheitspartei, Band 1, Berlin 1994, S.105-122.

2 Siehe Aufbau der Reichsorganisation der SPD, in: Das Volk, 6.9.1945; Handschriftliche Aufzeichnungen Otto Grotewohls, in: Stiftung Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), NY 4090/276, Bl. 106.

3 Siehe aus sowjetischer Sicht: Nikolai Iwanowitsch Trufanow: Auf dem Posten des Militärkommandanten der Messestadt, in: Leipzig. Aus Vergangenheit und Gegenwart, Leipzig 1981, S.79-105; Iwan Sosonowitsch Kolesnitschenko: Im gemeinsamen Kampf für das antifaschistisch-demokratische Deutschland entwickelte und festigte sich unsere unverbrüchliche Freundschaft, Erfurt 1985, S.30f.

4 Siehe Matthias Loeding: Führungsanspruch und Einheitsdrang, Hamburg 2002, S.83f.; Andreas Malycha: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) in der Sowjetischen Besatzungszone Deutsch-

Vor der Reise nach Thüringen und Sachsen war Grotewohl am 18. August 1945 mit Vertretern der sowjetischen und am 20. August der amerikanischen Besatzungsmächte zusammengetroffen⁵ und hatte brieflichen Kontakt mit dem Exilvorstand in London⁶ aufgenommen.⁷ Mit dem 20. August ist auch das geheime Ostorien-tierungskonzept des ZA⁸ datiert, in dem sich der ZA mehrheitlich für die politische und wirtschaftliche Anlehnung Deutschlands an die Sowjetunion aussprach. Otto Grotewohls Aktivitäten zeigen, daß er vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Potsdamer Konferenz, die er mit Enttäuschung und Ernüchterung zur Kenntnis genommen hatte,⁹ in mannigfaltiger Hinsicht bestrebt war, in Kontakt mit alliierten Vertretern zu kommen. Er wie auch der ganze Zentralaussschuß der SPD befanden sich in einer nicht einfachen Entscheidungssituation. Dafür zeugen das oben erwähnte Ostorien-tierungspapier als auch seine Rede vor dem parteiinternen Zuhörer-kreis in Leipzig.

Nachdem der SPD-Bezirksvorsitzende Stanislaw Trabalski den Bezirksparteitag am 26. August 1945 im Rathaus eröffnet hatte,¹⁰ ergriff Otto Grotewohl das Wort und leitete seine Rede mit der Ankündigung ein, daß er sich „zu der politischen Situati-

lands im Jahre 1945, Dissertation A, Berlin 1988, S.73f. Für Thüringen siehe Volker Wahl: Der Beginn der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in Thüringen – Die Organisation der gesellschaftlichen Kräfte und der Neuaufbau der Landesverwaltung, Dissertation, Jena 1976, S.123f.

5 Siehe Wolfgang Triebel: Gelobt und geschmäht. Wer war Otto Grotewohl? Aufsätze und Interviews mit Zeitzeugen, Berlin 1998, S.39f.; Markus Jodl: Hammer oder Amboß. Otto Grotewohl, Berlin 1997, S.97.

6 Die Einflußnahme des Londoner Exilpartei Vorstandes um Hans Vogel und Erich Ollenhauer auf den Reorganisationsprozeß der deutschen Sozialdemokratie im Jahre 1945 blieb marginal, auch wenn dieser den Versuch unternahm, den Wiederaufbau von außen zu begleiten, um seinen Treuhandaanspruch für die Gesamtpartei zu wahren. (Siehe Rundschreiben Anfang September 1945: Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands /London/ an die Mitglieder und Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei, in: Mit dem Gesicht nach Deutschland, Düsseldorf 1968, S. 706-709, hier S. 708f.; weiterführend: Albrecht Kaden: Die Wiedergründung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Diss., Hamburg 1960, S.79f.) Der Londoner Parteivorstand war nicht bereit, sein Mandat aufzugeben. Es sollte mit dem Augenblick aufhören, wenn die Partei „wieder die Möglichkeit habe“, auf einem sozialdemokratischen Reichsparteitag „eine neue zentrale Leitung zu wählen“. Die Londoner waren schon Anfang Juli 1945 über die Konstituierung des Zentralaussschusses der SPD in Berlin informiert. Eine Direktverbindung nach Berlin bestand zu diesem Zeitpunkt nicht. (Siehe Brief Hans Vogels z.Hd. des Genossen Siegfried Aufhäuser, 3.07.1945, in: Archiv der sozialen Demokratie /AdsD/, Nachlaß Hertz, Film XXIV.) Während der ZA in Berlin die Zusammenarbeit mit der KPD beim Wiederaufbau Deutschlands für notwendig hielt, verdeutlichen die Rundschreiben von Schumacher Ende August/Anfang September 1945, daß er diese Linie nicht unterstützte. Auch sprach Schumacher dem ZA das Recht ab, als Zentralleitung der SPD aufzutreten. Der Londoner Parteivorstand teilte im großen und ganzen diese Linie. Schumacher und der Exilvorstand wollten auf keinen Fall eine SPD-Reichsleitung in Berlin etablieren. Ein erster Direktkontakt zwischen Schumacher und dem ZA kam erst Mitte September 1945 zustande. (Siehe Matthias Loeding: Otto Grotewohl kontra Kurt Schumacher, Hamburg 2004, S.22f.; Bericht Hans Eitzkorns, o.D., in: AdsD, Nachlaß Schumacher, 155; Lucio Caracciolo: Alba di Guerra Fredda, Roma 1986, S.287f.) Dennoch versuchte der Parteivorstand in London zwischen Schumacher und dem ZA in Berlin zu vermitteln. (Siehe Briefe Erich Ollenhauers an Otto Grotewohl und Max Fechner, in: AdsD, Nachlaß Heine.)

7 Siehe Brief Otto Grotewohls an Hans Vogel, 17.8.1945, in: SAPMO-BArch, NY 4090/60, Bl. 217f.

8 Siehe Stellungnahme und Beschluß des ZA der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Geheim), 20.8.1945 (Stellungnahme), in: SAPMO-BArch, DY 28, II/2/1, Bl. 16-28.

9 Siehe Handschriftliche Aufzeichnungen Otto Grotewohls, in: SAPMO-BArch, NY 4090/274, Bl. 9/13.

10 Siehe Eröffnungsrede Stanislaw Trabalski, Protokoll des 1. Bezirkstages des SPD-Bezirks Leipzig, 26.8.1945, S.1f, in: AdsD, Ostbüro der SPD, 301/I.

on“ äußern werde und zwar mit Worten, „die ich in der großen Kundgebung nicht sprechen konnte“. Damit spielte Grotewohl auf die öffentliche Kundgebung der Leipziger SPD im Capitol an,¹¹ die dem Parteitag vorausging und auf der er eine Ansprache gehalten hatte,¹² die mit seiner Rede zum Aufruf des Zentralausschusses vom 17. Juni 1945 in enger gedanklicher Verbindung stand. Er bat seine Zuhörerschaft, seine Ausführungen nicht in die Öffentlichkeit zu tragen.¹³ Vor dem internen Parteizirkel konnte er in seinen Ausführungen erheblich deutlicher werden als zuvor bei der öffentlichen Versammlung. Als Ende Oktober 1945 ein Bericht über den Bezirksparteitag mit den Redebeiträgen an die Leipziger SPD-Funktionäre ausgegeben wurde, wies der Bezirksvorstand eindringlich darauf hin, daß dort die wiedergegebenen Darlegungen Grotewohls und Meiers vertraulich und nicht zur Diskussion zu stellen seien.¹⁴

In seinen Darlegungen bestimmte Grotewohl gegenüber seiner sozialdemokratischen Zuhörerschaft zum erstenmal parteiintern die politischen Leitziele und Positionen des ZA im Nachkriegsdeutschland. Darüber hinaus diente die Rede dem Ziel, die Sozialdemokraten in Leipzig angesichts der Schwierigkeiten mit der örtlichen Kommandantur und bei der Zusammenarbeit mit den Kommunisten zu beruhigen und ihnen Mut zuzusprechen. Dabei appellierte Grotewohl an das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Solidarität der Parteimitglieder in der Besatzungssituation, indem er an die Tradition der deutschen Sozialdemokratie erinnerte.¹⁵ Grotewohl suchte den politischen Schulterschuß mit den Genossen in der Provinz. Er war sich bewußt, daß es für die Realisierung der politischen Vorstellungen des ZA – beispielsweise die Etablierung einer überzonalen SPD-Parteiorganisation – unabdingbar erschien, neben der formalen Akzeptanz des ZA durch die Landes- und Bezirksverbände in der SBZ auch deren inhaltliche Zustimmung und Vollmacht für zentrale politischen Positionen zu erhalten, um zu einer einheitlichen politischen und organisatorischen Orientierung der SPD in der SBZ als Vorstufe und Ausgangsbasis einer gesamtdeutschen Parteiorganisation mit den Genossen in den Westzonen zu gelangen und den Kommunisten, die als einzige Partei überzonal von Berlin aus agierten, etwas Gleichwertiges entgegenzusetzen. Den Stellenwert der Bezirksverbände in der SBZ für die Arbeit des ZA unterstreicht eine Einschätzung Fritz Schreibers, Mitarbeiter beim ZA in Berlin, überaus deutlich: Die „Mitgliederorganisation[en] wurde[n] nicht vom Zentralausschuß aufgebaut, sondern wurde[n] von den Ländern und den

11 Die Worte Grotewohls lassen den sicheren Schluß zu, daß die öffentliche Kundgebung in Leipzig nicht am 25. August, sondern am 26. August stattfand. Somit irrt das Autorenteam um Wolfgang Triebel, das die Rede auf den 25. August 1945 datiert. Auch die Ansicht, daß Grotewohl seine interne Rede in Leipzig erst am 6. September 1945 gehalten habe, ist nicht zu halten. Siehe Triebel, Otto Grotewohl, S.93f., S.105f.

12 Siehe Rede Otto Grotewohls auf der Kundgebung der SPD im Capitol am 25.8.1945, in: SAPMO-BArch, NY 4072/167, Bl. 46-55.

13 Siehe interne Rede Otto Grotewohls, Protokoll des 1. Bezirkstages des SPD-Bezirks Leipzig, 26.8.1945, S.11, in: AdSD, Ostbüro der SPD, 301/I.

14 Siehe Rundschreiben an unsere Referenten, SPD, Bezirk Leipzig, 23.10.1945, in: SAPMO-BArch, DY 28, II/3/5/2, Bl. 39.

15 Siehe interne Rede Otto Grotewohls, S.22.

Orten aufgebaut. Diese Länderfürsten hatten nun diese mächtige Organisation, und wenn die sagten, das wird so gemacht, dann konnte der Zentrallausschuß die Treppe rauf- und runtergehen, es ging kein Weg daran vorbei.“¹⁶ Aus diesem Grunde setzte Grotewohl all sein rhetorisches Geschick ein¹⁷ und warb bei seinen Genossen um einen Vertrauensvorschuß für die politischen Entscheidungen des ZA als provisorische Führungsinstanz der SPD und den Zusammenhalt der sozialdemokratischen Parteiorganisation: „Und Genossen, so wie dieser Aufruf [des Zentrallausschusses vom 15.6.1945 – M. L.] nichts weiter als ein Provisorium darstellt, sieht auch der Zentrallausschuß in Berlin seine Aufgabe lediglich darin, treuhänderisch die Arbeit für unsere Bewegung anzufassen, zu organisieren und vorwärts zu treiben.“ Sollte es zur Abhaltung einer Reichskonferenz oder einem Reichsparteitag kommen, erfolge die Wahl eines neuen Parteivorstandes, versicherte der ZA-Vorsitzende seinen sozialdemokratischen Genossen, denn die Mitglieder des ZA hätten sich nicht „als Leute [...] mit irgend einem Führungsanspruch [gefühl]“. Bis zu diesem Zeitpunkt bat Grotewohl angesichts „der Schwere der Arbeit“ um die uneingeschränkte Unterstützung für den ZA in Berlin. „Wir appellieren an Euch, daß ihr blindlings sagt: Ja, macht die Sache weiter! Wir werden für alles, was wir tun, die Rechtfertigung auf einem Reichsparteitag geben.“¹⁸ Über die Einrichtung eines Parteiausschusses als organisatorisches Bindeglied zwischen dem ZA und den Bezirksverbänden in der SBZ verlor Grotewohl kein Wort, obwohl aus seinen handschriftlichen Aufzeichnungen herauszulesen ist, daß die Einsetzung eines Parteiausschusses im parteiorganisatorischen Aufbau des ZA schon Ende August 1945 in Aussicht genommen war. „Parteiausschuß bilden“, der aus dem „ZA und [den] Bezirks-Vorsitzenden“ zusammengesetzt werden sollte, um „die persönlichen Kontakte“¹⁹ zu pflegen. Warum Grotewohl dies nicht erwähnt, ist bis jetzt nicht zu klären gewesen.

Nachfolgend sollen diejenigen Redepassagen Grotewohls hervorgehoben werden, die nach den Beschlüssen des Potsdamer Abkommens „als strategische Positionen des ZA Ende August/Anfang September 1945“²⁰ anzusehen sind, da die Ergebnisse der Potsdamer Konferenz die interne Diskussion im ZA zur Bestimmung seiner zentralen politischen Standorte entscheidend beeinflußt haben.²¹ „Potsdam ist nicht nur ein Ausgangspunkt, er ist *der Ausgangspunkt unserer Partei*“²² [Hervorhebung von mir – M.L.], schrieb Klingelhöfer in seiner Abhandlung „Die Partei 1945“. Im Zentrum der Grotewohlschen Rede standen der von ihm für die deutsche Sozialdemokratie reklamierte politische Führungsanspruch im Vierzonendeutschland und die Errichtung einer SPD-Reichorganisation. Er bezeichnete – in Anlehnung an die

16 Siehe SBZ-Projektinterview mit Fritz Schreiber, 21.3.1974, S.41, in: AdSD.

17 Otto Grotewohl „war sich seiner Redeüberzeugungskraft und Redekunst“ gegenüber seiner Zuhörerschaft „sehr bewußt“. Siehe Telefoninterview mit Frau Madeleine Grotewohl, 7.8.2000, in: Privatarchiv Loeding.

18 Siehe interne Rede Otto Grotewohls, S.21.

19 Siehe Handschriftliche Notizen Otto Grotewohls, in: SAPMO-BArch, NY 4090/276, Bl. 106.

20 Siehe Triebel, Gelobt, S.40.

21 Otto Grotewohl ging in seiner Rede auch auf die wirtschaftliche und Ernährungssituation, die Grenzziehung zu Polen, die Umsiedlerproblematik und die Verkehrs- und Transportkrise in der Sowjetzone ein.

22 Siehe Die Partei 1945, in: Landesarchiv Berlin (LAB), E-Rep. 200-33, Nr. 20.

gesammelten Erfahrungen in der Weimarer Republik – die SPD als die einzige Partei, „die in maßgeblicher Weise befähigt ist, diesen Verwaltungsapparat zum Laufen zu bringen und zu erhalten“²³. Die Kommunisten könnten diese Aufgabe nicht erfüllen, da sie im allgemeinen über keine Verwaltungsverfahren verfügten. Für Grotewohl stand damit fest, daß die SPD die politische wie auch moralische Verpflichtung hatte, den staatlichen Wiederaufbau des wirtschaftlich wie geistig zerstörten Landes zu koordinieren. Den anderen antifaschistischen Parteien maß er nur eine randständige Stellung zu. Darüber hinaus forderte Grotewohl dazu auf, gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht offen und couragiert aufzutreten und die bestehenden Mißstände unverblümt anzusprechen.²⁴ Dabei nahm er Bezug auf das Auftreten der Mitglieder des ZA gegenüber der SMAD, an dem sich seine sozialdemokratischen Genossen aufrichten und ein Beispiel nehmen sollten: „Wir lassen selbstverständlich nicht eine Gelegenheit vorübergehen, um an diesen maßgebenden Stellen unnachsichtig und mit aller Rücksichtslosigkeit diese Situation dem Marschall Shukow und seinen Vertretern“ darzulegen. „Wir haben das auch auf die Gefahr unserer eigenen persönlichen Sicherheit hin immer und immer wieder getan.“²⁵ Dies sollte den Leipziger Genossen zeigen, daß sich der ZA nicht scheute, auch heikle Themen bei den Konsultationen mit der Besatzungsmacht anzusprechen, und auch ihre Interessen in der Besetzungssituation wahrnahm.

Die SPD sollte als Wahrer und Mittler der Interessen des deutschen Volkes gegenüber der Besatzungsmacht agieren und beim Aufbau eines neuen deutschen Staatswesens federführend sein, zumal, so führte Grotewohl weiter aus, „wenn wir es nicht tun, ist niemand da, der es tut“ und „diejenigen Vertreter der deutschen Bevölkerung [die Kommunisten – M. L.], die die engste Verbindung mit diesen Kreisen [der sowjetischen Besatzungsmacht – M.L.] haben sollten, die oft unmannhaftesten sind, wenn sie etwas sagen sollen“. Daraus leitete Grotewohl die Schlußfolgerung ab: „Schon aus diesem Grunde haben wir das politische Führungsrecht in Deutschland.“ Die Ambition des ZA war von der Hoffnung getragen, ein bevorzugtes Verhältnis der Sozialdemokraten zum sowjetischen Besatzungsregime aufzubauen und diesem zu vergegenwärtigen, daß nur mit der SPD die Gewähr gegeben sei, die deutschlandpolitischen Zielsetzungen der UdSSR zu realisieren. Grotewohl zitierte zur Verstärkung seines Anspruchs die Darlegungen Marschall Žukovs bei der Anmeldung der Partei: „Meine Herren, ich bin hier mit dem Auftrag nach Berlin und in das Okkupationsgebiet geschickt [worden] und habe den Auftrag aus Moskau, hier ein demokratisches Staatsleben zu entwickeln. Ich weiß genau, daß ich mich dabei in erster Linie nicht auf die Kommunistische Partei stützen kann, sondern daß ich auf Sie angewiesen bin, denn ich weiß, daß Sie die Massen hinter sich haben.“²⁶ Jedoch offenbaren die kritischen Bemerkungen Grotewohls während des Referats zur Sicherheit der Verkehrswege, Rechtssicherheit und wirtschaftlichen Situation²⁷ und die

23 Interne Rede Otto Grotewohls, S.19.

24 Siehe ebenda, S.14.

25 Ebenda, S.12f.

26 Ebenda, S.13.

27 Siehe ebenda, S.11f., S.13f.

Reaktion in der sozialdemokratischen Zuhörerschaft, daß aufgrund der gesammelten Erfahrungen mit den Sowjets in den ersten zwei Besatzungsmonaten keine Übereinstimmung zwischen den Ausführungen Žukovs und der alltäglichen Besatzungspraxis bestand.

Im weiteren Verlauf seiner Rede konzentrierte Grotewohl seine Ausführungen auf die Erwartungen, die der ZA mit der konkreten Umsetzung der Ergebnisse der Potsdamer Konferenz verband, und auf die sich daraus für die SPD abzuleitenden politischen Handlungsmöglichkeiten und Perspektiven. Dabei maß der ZA-Vorsitzende dem politischen Ziel, schnellstmöglich für das gesamte deutsche Gebiet „eine unter eigener Verantwortung arbeitende Reichregierung zu erhalten“,²⁸ eine Schlüsselstellung zu. Hier kommt wieder zum Vorschein, daß die Bewahrung der nationalen Einheit Deutschlands und die Abschaffung der Zonengrenzen für den ZA die politische Kardinalfrage war, die es im Prozeß der Realisierung des Potsdamer Abkommens zu beantworten galt. Otto Grotewohl zeigte sich überzeugt, daß die im Potsdamer Abkommen vereinbarte Errichtung von fünf Staatssekretariaten die Herbeiführung einer gesamtdeutschen Reichregierung befördere.²⁹ Auf dem Weg dorthin maß Grotewohl der von der SMAD beschlossenen Einrichtung von Zentralverwaltungen – er sprach von „Fachressorts“ – einen hohen Stellenwert zu. „Von diesen elf Fachregierungen besetzen wir in leitenden Positionen fünf. In allen anderen haben wir maßgebliche Stellvertretungen uns gesichert, so daß wir, auch personell gesehen, bei dem Aufbau dieser Verwaltungsorgane maßgeblich mitwirken können“,³⁰ teilte er seinen Leipziger Genossen mit. Grotewohl knüpfte an die Etablierung der Zentralverwaltungen in der SBZ das Interesse, daß jene als Vorstufen zur Bildung zentraler Regierungsinstanzen führen würden. Zur Perspektive der politischen Einflußnahme der Sozialdemokraten auf die Besatzungssituation sagte Grotewohl, „unsere ganze Politik ist im Grunde genommen ein einziges, vorsichtiges und taktvolles Abtasten und Suchen und Revidieren.“ Diese von Umsicht und Zurückhaltung getragene Auffassung kam auch bei der Stellungnahme zur Politik der SPD gegenüber den Besatzungsmächten zum Ausdruck. Grotewohl wollte die deutsche Einheit erhalten und nichts dazu beitragen, was erkennbare Spaltungstendenzen beförderte. Deshalb suchte er die Übereinstimmung mit allen Besatzungsmächten: „Die anglo-amerikanische Seite zeigt in vielen politischen Fragen eine andere Einstellung, die mit der der Russen nicht übereinstimmt. Wir selbst haben uns grundsätzlich, soweit es sich um politische Auseinandersetzungen zwischen den Alliierten handelt, sehr zurückhaltend zu benehmen. Denn in dem Augenblick, wo wir in diese Fragen eingreifen würden, würde es zweifellos so kommen, daß wir alle diese Differenzen auf unseren Rücken auszutragen hätten. Das herbeizuführen, kann nicht in unserer zukünftigen Linie liegen.“³¹

Neben der schnellstmöglichen Einrichtung einer Reichregierung richtete sich das Hauptinteresse der Sozialdemokraten, den Worten Grotewohls nach, auf die mög-

28 Ebenda, S.18.

29 Siehe ebenda.

30 Ebenda.

31 Ebenda, S.24.

lichst baldige Abhaltung von Wahlen in Gesamtdeutschland, welche „unter schärfster Trennung der einzelnen Parteien durchgeführt werden. (Erneut lebhaft Zustimmung) Wir müssen Wert darauf legen – aus außenpolitischen wie aus innenpolitischen Gründen –, ein solches Stimmungsbild zu bekommen. Über die Aussichten dieses Stimmungsbildes werdet ihr Euch ja nicht im unklaren sein.“³² Hiermit sprach Grotewohl unumwunden die Unbeliebtheit der KPD an, ohne die Partei namentlich zu nennen. Während die KPD in Berlin und der SBZ als „Russenpartei“ galt,³³ was einer „Stigmatisierung“³⁴ gleichkam, erfreute sich die SPD in der Bevölkerung zunehmend hoher Beliebtheit. Das kam beispielsweise in einem amerikanischen Bericht zum Ausdruck, der festhielt: „Örtliche Beobachter meinen, wenn heute freie Wahlen abgehalten werden würden, daß die Kommunisten sehr schlecht und die Sozialdemokraten sehr gut abschneiden würden.“³⁵ Für die SPD bestünden, so Grotewohl, unter diesen Umständen günstige Voraussetzungen, bei einer gesamtdeutschen Wahl, die entsprechend dem Potsdamer Abkommen abgehalten werden sollte, den Sieg davonzutragen und das politische Kräfteverhältnis in Deutschland zugunsten der Sozialdemokraten gegenüber den Kommunisten neu auszutarieren. Daraus zog Grotewohl aber nicht den Schluß, daß „die Menschen“, die für die SPD votieren würden, „nun etwa überzeugte Sozialdemokraten sind.“ Vielmehr mahnte er seine Zuhörerschaft, sich nicht zu falschen Vorstellungen hinreißen zu lassen: „Ich muß davor warnen, etwa zu glauben, damit sei uns ein riesiges politisches Vertrauensvotum erteilt worden. Das ist nichts weiter als die nackte Verzweiflung.“³⁶ Zum Abschluß seiner Ansprache am 26. August 1945 in Leipzig trat Otto Grotewohl Vorstellungen entgegen, die in den westlichen Besatzungszonen über die sowjetische Besatzungszone verbreitet waren. Obzwar der ZA über keine konkreten Informationen zur Tätigkeit des Büros von Kurt Schumacher in Hannover verfügte, lassen die Ausführungen Grotewohls darauf schließen, daß die Berliner SPD-Führung zumindest grob über die politischen Einstellungen Schumachers unterrichtet war. Den ZA-Vorsitzenden beunruhigten aber nicht nur die Differenzen innerhalb der Antihitlerkoalition, welche die Fragilität seiner politischen Dispositionen offensichtlich werden ließen, vielmehr alarmierte ihn die Tatsache, daß es in den Westzonen Sozialdemokraten zu geben schien, die den Zonengrenzen für den organisatorischen Aufbau der SPD im Reich trennenden Charakter zuerkannten und

32 Ebenda, S.20.

33 Siehe Interview mit Prof. Dr. Gerhard Keiderling, in: Privatarchiv Loeding. Einem Bericht des amerikanischen Geheimdienstes zu Einstellungen der deutschen Bevölkerung ist zu entnehmen, daß die sowjetischen Besatzer von den Deutschen als die unpopulärsten der vier Alliierten angesehen wurden. Siehe Bericht des amerikanischen Geheimdienstes über die Einstellungen der deutschen Bevölkerung in der US-Zone, in: Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung, 5. erweiterte und überarbeitete Auflage, Bonn 1991, S.372f.

34 Siehe Markus Jodl: Schumacher contra Grotewohl. Die Einheit der Arbeiterbewegung in der Programmatik der SPD 1945/46, Magisterarbeit, München 1994, S.59. Die Arbeit wurde mir freundlicherweise von Dr. Markus Jodl zur Verfügung gestellt.

35 Siehe Telegram from R. Murphy (Berlin) to J. Byrnes (Washington), 13.8.1945, in: Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers 1945, Volume IV, Europe, Washington 1968, S.1038-1041, hier S.1040.

36 Interne Rede Otto Grotewohls, S.20.

billigend die Gefahr der Teilung der SPD und des Reiches ins politische Kalkül zu zogen. Grotewohl erklärte hierzu: „Wir müssen also die Entwicklung [das Verhältnis der Alliierten zueinander – M.L.] am besten mit größtem Fingerspitzengefühl anfassen, um so mehr, als auch Bestrebungen dahin gehen, namhafte Genossen aus der Vergangenheit auch im westlichen Sektor [Okkupationszonen – M.L.] einzusetzen in der Vorstellung, als könnte man die Sozialdemokratie an der russischen Demarkationslinie zerschneiden. Es sind da Vorstellungen maßgebend in dem Rahmen, daß wir hier im russischen Okkupationsgebiet eigentlich gar keine politischen Freiheiten für uns haben,³⁷ sondern daß alles, was wir machen, mit dem Revolver des Kommissars im Nacken [geschieht]. So schlimm ist es ja nun wirklich nicht, und es wäre ungerecht, wenn wir es so darstellen wollten. Denn tatsächlich können wir uns mit Geschick immer noch bewegen und unsere notwendigen politischen Darlegungen machen. Wir hoffen auch, daß wir diese Entwicklung auf das westliche Gebiet ausdehnen können. Diese Vorstellungen im Westen müssen aber beseitigt werden. Wir müssen diese Vorstellungen, die bei manchen Genossen vorhanden sind und die dahin gehen, daß die Rückkehr der Genossen aus der Emigration geeignet wäre, eine grundsätzlich andere Linie der Politik, z. B. in der Einheitsfront, einzunehmen, für die deutsche Arbeiterklasse als untragbar kennzeichnen.“³⁸ Damit erteilte Grotewohl dem Londoner Exilvorstand, zu dem der Zentralausschuß Mitte August 1945 einen ersten Briefkontakt hatte, eine klare Abfuhr. Die Berliner SPD-Führung wollte ihre politischen Entscheidungen unabhängig von einer übergeordneten oder im Ausland befindlichen Parteiinstanz treffen.

Grotewohl war sich zwar der Tatsache bewußt, daß seine politische Handlungsstrategie, für die SPD im Nachkriegsdeutschland einen politischen Führungsanspruch zu beanspruchen, wenn überhaupt – vor dem Hintergrund der alliierten Besatzung – nur dann Aussicht auf Erfolg haben könnte, wenn er zum Aufbau einer Reichspartei und einer abgestimmten Positionsbestimmung mit den Genossen in den westlichen Besatzungszonen gelangen würde, doch forderte er von diesen ein Mindestmaß an politischer Unvoreingenommenheit gegenüber der SPD in der SBZ. Nach Hurwitz lassen diese Schlußbemerkungen „das subjektive Befinden, die Perspektivnot und das Kalkül“ der Sozialdemokraten in der SBZ im Sommer 1945 deutlich erkennen: „Furcht vor andauernder Isolierung und das Verlangen nach solidarischer Hilfe aus dem Westen verband sich mit dem Selbstbewußtsein, in ihrer Organisationstätigkeit den Parteiführern in den Westzonen weit voraus zu sein, und mit der Hoffnung, von Berlin als Führung wirken zu können.“³⁹ Dieser Auffassung kann m. E. nur bedingt zugestimmt werden. Richtig ist, daß der ZA von seinem Selbstverständnis her als provisorische Führungsinstanz der SPD seinen organisatorischen Wirkungskreis nach den Beschlüssen des Potsdamer Abkommens zur Parteienzulassung in die

37 Bereits im Februar 1945 begegnete der Exilvorstand der SPD in London den Möglichkeiten zur politischen Betätigung von Sozialdemokraten in der zukünftigen SBZ mit höchster Skepsis. Siehe Kaden, *Wiedergründung*, S.76.

38 Interne Rede Otto Grotewohls, S.24.

39 Harold Hurwitz: *Die Anfänge des Widerstands*, Teil 1. Führungsanspruch und Isolation der Sozialdemokraten, Köln 1990, S.315.

Westzonen auszudehnen beabsichtigte und den ZA unter Hinzuziehung von Genossen aus dem Exil und den Westzonen am traditionellen Sitz des SPD-Parteivorstands in Berlin personell erweitern wollte, um zum Aufbau einer SPD-Reichspartei zu gelangen. Darauf war das gesamte politische Konzept Grotewohls aufgebaut. Otto Grotewohl wollte keine konkurrierenden SPD-Vorstände in den vier Besatzungszonen, da das dem für die SPD reklamierten Führungsanspruch, den auch Kurt Schumacher in seinen politischen Richtlinien vom 25. August 1945 erhoben hatte,⁴⁰ schweren Schaden zugefügt hätte. Eine Perspektivnot vermag ich aus den Worten Grotewohls nicht abzuleiten, hatte er doch in seiner Rede versucht, politische Handlungspositionen der SPD zu bestimmen. Infolgedessen sind seine Ausführungen am Ende seiner Ansprache eher als Mahnung an die Sozialdemokraten im Westen zu verstehen, die aufgezeigten Perspektiven zur Überwindung der Zonengrenzen nicht zu gefährden und so den Zerfall der SPD in eine west- und eine sowjetzonale einzuleiten. Die Vorbehalte der Genossen in den westlichen Zonen teilte Grotewohl nicht, denn der Aufbau der SPD in der SBZ erfolgte unter den gegebenen Bedingungen, die von dem sowjetischen Besatzungsregime festgelegt wurden. Von Resignation ist in der Rede Grotewohls nichts zu spüren. In der politischen Konzeption Grotewohls, das hatte die Rede deutlich gemacht, nahmen die anderen in der SBZ zugelassenen Parteien nur eine Randstellung ein. Im Zentrum der neu etablierten Parteienlandschaft in Deutschland sollte die SPD die erste politische Geige spielen, da allein sie zur Vermittlung zwischen den unterschiedlichen Interessen der Besatzungsmächte fähig wäre.

Im Ergebnis verdienen die Ausführungen Otto Grotewohls in mehrerer Hinsicht Beachtung: Erstens fand eine Vereinigung mit der KPD in der Rede keine Erwähnung. Im Gegenteil hatte der ZA-Vorsitzende die Kommunisten sogar dafür gescholten, daß sie im antifaschistischen Einheitsfrontausschuß einer Vorlage des ZA ihre Zustimmung verweigert hatten, in der die Forderung erhoben wurde, die „Lebensbedürfnisse des deutschen Volkes“ bei der endgültigen Regelung der Grenzziehung zu Polen zu berücksichtigen.⁴¹ Grotewohl vermied vor dem Hintergrund der Stimmung in der Bevölkerung und der eigenen Mitgliedschaft gegen die sowjetische Besatzungsmacht und die KPD und der Erwartung baldiger Wahlen⁴² den Eindruck einer zu engen Bindung an beide.⁴³ In den Monaten nach der Parteizulassung durch die SMAD war das sozialdemokratische Selbstbewußtsein merklich gestiegen. Die SPD hatte nicht nur einen kontinuierlichen Mitgliederzuwachs in Berlin und in den Ländern und Provinzen der Sowjetzone zu verzeichnen, sondern war zu einem wichtigen politischen und gesellschaftlichen Faktor geworden.⁴⁴ Im Mittelpunkt der politischen Überlegungen in der Berliner SPD-Führung stand nicht mehr

40 Siehe Politische Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Faktoren (25.8.1945), Hannover, o.D., S.22f.

41 Siehe interne Rede Otto Grotewohls, S.16.

42 Siehe Interview Keiderling.

43 Siehe Bericht (vertraulich), 3.8.1945, in: SAPMO-BArch, NY 4036/634, Bl. 72f.

44 Siehe Lettre de M. le Général Koenig à M. le Ministre des Relations Etrangères, confidentiel, 26.9.1945, in: Privatarchiv Loeding.

die schnelle Schaffung einer Einheitspartei aus SPD und KPD wie noch im Juni 1945. Vielmehr dominierte im August 1945 im Ergebnis des Potsdamer Abkommens die Frage, wie angesichts der Verfestigung der zonalen Strukturen in Deutschland die wirtschaftliche und nationale Reichseinheit gewahrt werden könnte.⁴⁵ Dies zieht sich wie ein roter Faden durch die Rede Grotewohls. Der KPD traute er in dieser Frage aufgrund ihrer engen Bindung an die sowjetische Besatzungsmacht nichts zu, was auch durch das Ostorientierungskonzept des ZA bestätigt wird.⁴⁶ Zweitens ist zu unterstreichen, daß Grotewohl in einer Rede außerhalb der Viermächtestadt Berlin den politischen Führungsanspruch für die Sozialdemokraten im Nachkriegsdeutschland erstmals reklamierte und die Forderung nach Wahlen noch vor der Bekanntgabe des Beschlusses der amerikanischen Militärregierung zur Abhaltung von Gemeindewahlen in der US-Zone erfolgte.⁴⁷ Für Otto Grotewohl war die Wahl – hier stimmte ich der Meinung Caracciolos uneingeschränkt zu – „ein Machtmittel von höchster Bedeutung“⁴⁸, bot sie doch Gewähr für den politischen und staatlichen Zusammenhalt Deutschlands durch die Einsetzung einer gewählten und somit vom Volk legitimierten Reichsregierung, die ermächtigt gewesen wäre, einen Friedensvertrag mit den alliierten Siegermächten zu unterzeichnen.

Beachtungswert ist, daß das am 20. August 1945 im ZA beschlossene Konzept der Ostorientierung von Grotewohl mit keinem Wort erwähnt wurde. Sicherlich vermied Grotewohl nicht nur aus Gründen der großteils negativen Erfahrungen seiner Leipziger Genossen mit Vertretern der Besatzungsmacht jede Andeutung einer Ostorientierung. Welche Gründe mögen die ZA-Mitglieder dazu bewogen haben, ihr Ostorientierungskonzept als geheim einzustufen und die politische Öffentlichkeit nicht zu informieren, auch nicht „die schwer zu kontrollierende Parteiöffentlichkeit“⁴⁹, wie dem Protokoll des wirtschaftspolitischen ZA-Ausschusses vom 31. August 1945 zu entnehmen ist? Dafür gibt es aus meiner Sicht mehrere Gründe:

a. Der Zentralausschuß wollte keinesfalls mit den Übergriffen und der Politik der KPD, die in den Augen der Menschen als Sachwalter der Sowjets auftrat, gleichgesetzt werden. Es sollte nicht der Eindruck entstehen, als befände sich die SPD im politischen Schlepptau der KPD. Das hätte dem Ansehen und der politischen Legitimation des Zentralausschusses als Führungsinstanz, um die Grotewohl seine Leipziger Genossen ersuchte, parteiintern und der SPD bei anstehenden Wahlen insgesamt wenig genutzt. Daß Grotewohl die im Ostorientierungskonzept festge-

45 Siehe Manuskriptergänzungen Gniffkes zur S.163, in: AdsD, Nachlaß Gniffke, 11/1.

46 Siehe Loeding, Führungsanspruch, S.224.

47 Siehe Wahlen in der amerikanischen Zone, Allgemeine Zeitung, 16.9.1945. Während die Vertreter des ZA der SPD, der CDU und LDP die Wahlen begrüßten (Die Parteien zu Wahlen, in: Allgemeine Zeitung, 19.9.1945), standen die Kommunisten dem Umengang skeptisch gegenüber (Die KPD zu den Wahlen, in: Allgemeine Zeitung, 21.9.1945).

48 Lucio Caracciolo: Der Untergang der Sozialdemokratie in der sowjetischen Besatzungszone. Otto Grotewohl und die „Einheit der Arbeiterklasse“ 1945/46, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 36. Jg., 1988, H. 2, S.281-318, hier S.288.

49 Siehe Protokoll der 2. Sitzung des wirtschaftspolitischen Ausschusses des ZA, 31.8.1945, in: LAB, E-Rep. 200-33, Nr. 28.

- legte geostrategische Grundausrichtung nicht explizit erwähnte, ist sicherlich zu kritisieren.
- b. Otto Grotewohl konnte auch ahnen, daß die Ostorientierung nicht die allgemeine Haltung der Sozialdemokraten war, auch nicht in der SBZ.⁵⁰
- c. Muß die Berliner SPD-Führung Kenntnis von der feindlichen, ablehnenden Haltung Kurt Schumachers gegenüber den Kommunisten und dem sowjetischen Okkupationsregime erlangt haben. Dieser verweigerte jede Kooperation mit der KPD in einer Einheitsfront und wollte nur in sozialen Fragen kooperieren. Der Sowjetunion stand er feindselig gegenüber.⁵¹ Er setzte beim Neuaufbau Deutschlands von Anfang an auf Kooperation mit den Westalliierten. Wollten die Berliner Schumacher zum Aufbau einer gesamtdeutschen SPD bewegen, war es vonnöten, taktisch geschickt und vorsichtig vorzugehen. Vor allem auch deshalb, da Kurt Schumacher einer Ostorientierung schon im Jahre 1922, im Zusammenhang mit dem Rapallovertrag zwischen der UdSSR und dem Deutschen Reich, eine eindeutige Absage erteilt hatte und für eine Anlehnung an die Westmächte eingetreten war. In einem Artikel der „Schwäbischen Tagwacht“ vom 19. April 1922 hatte Schumacher hierzu geschrieben: „[...] von verbrecherischer Leitfertigkeit zeugt es, wenn es in Deutschland eine Presse gibt, die das politische Mandat in den Vordergrund schiebt. In Wirklichkeit ist diese Beweisführung grundfalsch, denn daß wir uns auf ein solches Schwindelunternehmen wie eine russische Ostorientierung einlassen würden, wird doch kein ernsthafter Mensch in Deutschland glauben wollen. Ein bewußter Verzicht auf die Zusammenarbeit mit den Westmächten bedeutete Selbstmord.“⁵²
- d. War die Ostorientierung als politisch-taktisches Kalkül gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht gedacht. Zu einem für die SPD politisch günstigen Moment sollte es eingesetzt werden, um den Sowjets zu zeigen, daß sie in bezug auf ganz Deutschland ihre deutschland- und besatzungspolitischen Zielsetzungen mit der Sozialdemokratie als Partner besser als mit der KPD verwirklichen konnten.⁵³ Das erfolgte gerade auch aufgrund der unterschiedlichen besatzungspolitischen Interessen der Okkupationsmächte, die das Potsdamer Abkommen zum Vorschein gebracht hatte, und der weiter bestehenden zonalen Teilung Deutschlands, die der ZA als Gefahr für das Fortbestehen der wirtschaftlichen und politischen Reichseinheit sah. Auf diese Tatsachen hatte Grotewohl in seiner Ansprache mit aller Deutlichkeit hingewiesen.

50 Siehe Loeding, Führungsanspruch, S.174; Brief Hermann Brills an Paul Hertz, 29.4.1946, in: AdSD, Nachlaß Hertz, Film XXX; Bericht über meinen Besuch in Leipzig an den Zentrallausschuss, in: AdSD, Nachlaß Gniffke, 32.

51 Siehe Politische Richtlinien für die SPD. Weiterführend zu Schumachers antikommunistischer und antisowjetischer Haltung siehe Ulla Plener: Der feindliche Bruder: Kurt Schumacher: Intension – Politik – Ergebnisse 1921 bis 1952. Zum Verhältnis von Sozialdemokraten und anderen Linken aus historischer und aktueller Sicht, Berlin 2003.

52 Zitiert nach: Jodl, Schumacher, S.18, Fn 4.

53 Siehe: Brief Gustav Klingelhöfers an Otto Grotewohl, 10.10.1945, in: SAPMO-BArch, NY 4090/278, Bl. 104.

Die Ausführungen Grotewohls wurden von den Delegierten des ersten Leipziger Bezirksparteitages mit anhaltendem Beifall bedacht. Damit hatte der Zentralausschuß seinen ersten Schritt in Richtung des Aufbaus eines Bindegliedes zwischen den Bezirks- und Landesverbänden der Sowjetzone und der Berliner SPD-Zentrale getan. Nachdem der ZA seine organisationspolitischen Aktivitäten in der Sowjetzone ausgebaut hatte, wurde auf der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes am 7. September 1945 in Berlin der Beschluß gefaßt, konkrete Schritte zur Aufnahme von Verbindungen mit Sozialdemokraten in den westlichen Besatzungszonen einzuleiten, um den Parteaufbau in den Westzonen zu beschleunigen, der wesentlich hinter dem in der SBZ hinterherhinkte. Dazu sollte bei den Besatzungsbehörden vorgeschrieben werden, um die Genehmigung zur Ausreise zu erhalten.⁵⁴ Diese Entscheidung hatte der ZA getroffen, noch bevor ihn die Einladung Kurt Schumachers zur Konferenz in Wennigsen erreichte.⁵⁵ In einem Brief an Nora Kuntzsch berichtete Grotewohl von der Absicht, „Ende des Monats [September 1945 – M. L.] eine größere Reise ins englische Gebiet anzutreten“ und dabei Braunschweig als ersten Ort zu besuchen.⁵⁶ Bis Ende August 1945 verfügte der ZA kaum über Informationen zum Stand des Aufbaus der SPD-Parteiorganisationen in den westlichen Zonen und von Kurt Schumachers Bemühungen, die überregionale Reorganisation der SPD in den Westzonen von Hannover aus zentral zu koordinieren. Erst durch KPD-Vertreter erhielt der ZA nähere Auskünfte über die politischen Verhältnisse in den Westzonen, die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen KPD und SPD und die politischen Aktivitäten Schumachers.⁵⁷ Der ZA war lediglich durch die persönlichen Kontakte Otto Grotewohls über die politische Entwicklung in Braunschweig informiert. Der spätere Vertraute des Zentralausschusses in Bayern, Wilhelm Buch, trat erst Anfang September in die Dienste des ZA in Berlin.⁵⁸

54 Siehe Andreas Malycha: Der Zentralausschuß, Kurt Schumacher und die Einheit der SPD, in: BzG, 33. Jg., 1991, H. 2, S.182-193, hier S.185. Der ZA hatte die sowjetische Militärverwaltung in einem Schreiben vom 12. September 1945 ersucht, für einige Mitglieder der Berliner SPD-Führung „Dauerausweise zur Fahrt in das gesamte deutsche Gebiet (zu) erwirken“. Siehe Brief des ZA der SPD an die Sowjetische Militäradministration z. Hd. des Herrn Generalleutnant Bokow, 26.9.1945, in: SAPMO-BArch, NY 4101/16, Bl. 21.

55 Siehe Brief Kurt Schumachers an den „Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, 30.8.1945, in: AdsD, Nachlaß Schumacher, 155.

56 Siehe Brief Otto Grotewohls an Nora Kuntzsch, 7.9.1945 (Abschrift), in: LAB, E-Rep. 300-33, K 82, Ordner 298. In diesem Kontext ist zu erwähnen, daß Frau Kuntzsch meinen Wunsch zu einem Interview bei einer telefonischen Anfrage mit dem Verweis auf ihr hohes Alter und den privaten Charakter der Briefe Otto Grotewohls ablehnte. Siehe Vermerk des Autors, 16.4.2000.

57 Siehe Bericht Gniffkes zur Besprechung mit Franz Dahlem, 28.8.1945, in: AdsD, Nachlaß Gniffke, 32; Bericht über die Besprechung der Genossen der Bezirksleitung Hannover, Hamburg und Bremen bei den Genossen des Zentralausschusses der SPD, 31.8.1945, in: SAPMO-BArch, NY 4182/857, Bl. 109-111.

58 Siehe Vermerk Otto Grotewohls (Vertraulich), 3.9.1945, in: AdsD, Nachlaß Gniffke, 23.